

Externe Stellenausschreibung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

Im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr ist im Referat E/6 „Beschäftigung in der Großregion“ für das Interreg-Projekt „Task Force Grenzgänger der Großregion 2.0“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine bis zum 31.12.2020 befristete Stelle

**einer Referentin/eines Referenten
(m/w/d)**

in Vollzeit zu besetzen.

Die Task Force Grenzgänger (TFG) ist ein Gemeinschaftsprojekt aller Regionen der Großregion mit der Aufgabe, juristische und administrative Hemmnisse grundsätzlicher Art von Grenzgängern und Unternehmen, die Grenzgänger beschäftigen, zu beseitigen.

Das Aufgabengebiet umfasst schwerpunktmäßig folgende Tätigkeiten:

- Sammlung, Analyse und Bewertung bestehender Hemmnisse für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei der grenzüberschreitenden Arbeitskräftemobilität in der Großregion, insbesondere in den Bereichen Arbeitsrecht, Sozialrecht, Steuerrecht und Bildungsrecht
- Analyse und Bewertung von Folgen geplanter Rechtsvorschriften auf die grenzüberschreitende Arbeitskräftemobilität in der Großregion, insbesondere in den Bereichen , Arbeitsrecht, Sozialrecht, , Steuerrecht und Bildungsrecht
- Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für rechtliche Probleme sowie neuer Rechtsnormen bei der grenzüberschreitenden Arbeitskräftemobilität in der Großregion, insbesondere in den Bereichen Arbeits- und Sozialrecht, Steuerrecht und Bildungsrecht
- Erarbeitung von interdisziplinären Lösungsvorschlägen für fiskalische und administrative Probleme bei der grenzüberschreitenden Arbeitskräftemobilität in der Großregion
- Kooperation und Wissensaustausch mit den operativen Partnern und den relevanten Arbeitsmarktakteuren in der Großregion, insbesondere den Beratungseinrichtungen EURES-Transfrontalier, der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle, anderen ähnlichen Einrichtungen wie sie im Grenznetz vertreten sind, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion, den Gewerkschaften, den Arbeitgeberverbänden, den Sozialversicherungsträgern, den verschiedenen Kammern und der Arbeitsverwaltung

- Erstellung und Veröffentlichung von wissenschaftlichen Studien und Informationsmaterialien, Erstellung und Pflege juristischer Datenbanken, Erstellung und Pflege des Internetauftritts, Öffentlichkeitsarbeit
- Administrative Aufgaben im Rahmen des Interreg-Projektes

Die Bewerber müssen über folgendes Anforderungsprofil verfügen:

- Abgeschlossenes Studium als Volljurist/in oder vergleichbare ausländische Qualifikation
- Beherrschung der französischen und deutschen Sprache sowie interkulturelle Kompetenz
- Kenntnisse der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsstrukturen sowie der relevanten Arbeitsmarktakteure in der Großregion
- Fundierte Kenntnisse im Arbeits- und Sozialrecht oder im Steuer- und Bildungsrecht einer der Nationalstaaten der Großregion: Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg
- Fähigkeit zur Lösung juristischer Probleme auf verschiedenen Rechtsgebieten, insbesondere in den Bereichen Arbeits- und Sozialrecht, Steuerrecht und Bildungsrecht
- Umfassende Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung und Nutzung von MS-Office-Standard-Produkten
- Leistungsbereitschaft, Eigeninitiative, Organisationstalent, zeitliche Flexibilität und Bereitschaft zu Dienstreisen, Fähigkeit zu selbständigem Arbeiten sowie Fähigkeit, kooperativ in einem Team zu arbeiten

Die Eingruppierung erfolgt - vorbehaltlich des Votums der Personalkommission - in der Entgeltgruppe E 13 TV-L.

Im Rahmen der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und der gesetzlichen Maßgabe, die Unterrepräsentanz von Frauen innerhalb des Geltungsbereiches des bestehenden Frauenförderplanes zu beseitigen, ist das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr an der Bewerbung von Frauen besonders interessiert.

Das MWAEV unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ist seit 2014 als besonders familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert.

Schwerbehinderte Bewerber/innen und ihnen Gleichgestellte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Angaben über ehrenamtliche Tätigkeiten sind erwünscht.

Bitte registrieren Sie sich bei www.interamt.de und bewerben Sie sich ausschließlich online unter der **Stellen ID 551463**. Von Bewerbungen über den Postweg oder per E-Mail bitten wir abzusehen. Die Bewerbungsfrist endet am **06. Dezember 2019**. Damit das Auswahlverfahren umfänglich und zeitnah betrieben werden kann, gilt es unbedingt darauf zu achten, dass alle Datenfelder entsprechend ausgefüllt sind.

Kosten, die im Zusammenhang mit der Bewerbung entstehen, können nicht erstattet werden.

Zur Beantwortung weiterer Fragen steht Ihnen Herr Willi Herrmann (w.herrmann@wirtschaft.saarland.de) oder Tel.: 0681-501-1568) gerne zur Verfügung.

*("divers" als Sammelbegriff für eine sonstige geschlechtliche Identifikation)

Umfassende Informationen hinsichtlich der Verarbeitung Ihrer Daten zu dienstlichen Zwecken gemäß der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GV0) entnehmen Sie bitte den beiden folgenden Seiten.

Information zur Erhebung personenbezogener Daten gemäß Artikel 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Diese Informationen beziehen sich auf Bewerbungsverfahren des Referates A/2 „Personal“ des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr.

Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr
Franz-Josef-Röder-Str. 17
66119 Saarbrücken

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr
Der behördliche Datenschutzbeauftragte
Franz-Josef-Röder-Str. 17
66119 Saarbrücken

Telefon: 0681-501-1591

E-Mail: datenschutzbeauftragter@wirtschaft.saarland.de

Zweck der Verarbeitung, Rechtsgrundlage für die Verarbeitung und Speicherdauer:

Die Erhebung und Verarbeitung Ihrer Daten ist für das Bewerbungs- und Auswahlverfahren sowie eine mögliche Einstellung erforderlich. Sie sind weder gesetzlich noch vertraglich dazu verpflichtet, uns Ihre Daten zu übermitteln. Da wir im Bewerbungsverfahren jedoch Angaben zu Ihrer Person benötigen, ist die mögliche Folge einer Nichtbereitstellung, dass wir Sie als Bewerberin oder Bewerber nicht berücksichtigen können.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung beruht auf den Artikeln 6 Abs. 1 Buchstabe b und 88 Abs. 1 DSGVO in Verbindung mit § 22 Abs. 1 des Saarländischen Datenschutz-gesetzes bzw. den §§ 95 bis 102 des Saarländischen Beamtengesetzes.

Sollten Sie nicht eingestellt werden, werden Ihre personenbezogenen Daten nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens gelöscht, sobald die Geltendmachung von Ansprüchen, die sich aus dem Bewerbungsverfahren ergeben, nicht mehr möglich ist und ggf. der Rechtsweg gegen eine entsprechende Entscheidung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr ausgeschöpft ist.

Art der gespeicherten Daten sowie Empfänger oder Kategorien von Empfängern Ihrer Daten:

Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten, die Sie uns im Rahmen Ihrer Bewerbung über die Internetplattform Interamt bzw. per E-Mail oder auf dem Postweg zur Verfügung gestellt haben, in dem für die Durchführung des Auswahlverfahrens erforderlichen Umfang, sowie ggf. gefertigte Notizen im Rahmen der Durchführung von Vorstellungsgesprächen. Innerhalb des Geschäftsbereiches des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr erhalten diejenigen Stellen Ihre personenbezogene Daten in erforderlichem Umfang, die an der Durchführung des Auswahlverfahrens zu beteiligen sind (z. B. Personalrat, Frauenbeauftragte, ggf. Schwerbehindertenvertretung, ggf. Führungskräfte bzw. Fachverantwortliche, in deren Bereich die Stelle zu besetzen ist, ggf. Mitglieder der Auswahlkommission, ggf. Betriebsarzt).

Ihre Rechte:

Sie haben das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 DSGVO über die bei uns über Sie gespeicherten Daten, das Recht auf Berichtigung falscher Daten nach Artikel 16 DSGVO, das Recht auf Löschung nach Artikel 17 DSGVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DSGVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DSGVO.

Darüber hinaus haben Sie das Recht, der Verarbeitung Ihrer Daten zum Zweck der Bewerbung jederzeit zu widersprechen (Artikel 21 Absatz 1 DSGVO). Das wird jedoch zur Folge haben, dass Sie in einem Auswahlverfahren nicht mehr berücksichtigt werden können.

Ein Antrag zur Geltendmachung der o.g. Rechte bzw. die Einlegung eines Widerspruchs kann postalisch oder per E-Mail an das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, Referat A/2, Franz-Josef-Röder-Str. 17, 66119 Saarbrücken, E-Mail: Referat.A2@wirtschaft.saarland.de, übermittelt werden.

Ihnen steht des Weiteren nach Artikel 77 DSGVO ein jederzeitiges Beschwerderecht über eine aus Ihrer Sicht rechtswidrige Datenverarbeitung bei der Aufsichtsbehörde zu.

Anschrift der Aufsichtsbehörde:

Unabhängiges Datenschutzzentrum Saarland
Fritz-Dobisch-Straße 12
66111 Saarbrücken Telefon: 0681/94781-0
E-Mail: poststelle@datenschutz.saarland.de